

VORWORT

Mit der vorliegenden Quellenedition zur *Geschichte der Universität Jena in der Weimarer Republik* setzen die Bearbeiter die Reihe *Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena* zum zehnten Mal in ihrer fünfzehnjährigen Geschichte fort. Der Band enthält ausschließlich Dokumente, die aus den Jahren 1918 bis 1933 selbst stammen und bislang überwiegend noch nicht abgedruckt worden sind. Nur in wenigen Fällen wurde auf bereits publiziertes Material zurückgegriffen. Auf Erinnerungsberichte oder autobiographische Dokumente späterer Jahre haben die Bearbeiter verzichtet.

Der enge Rahmen einer Quellenedition gebot eine strenge Auswahl der Themen und Quellen. Dabei galt es stets, die Vorgänge möglichst detailliert zu dokumentieren, ohne den Blick auf die Gesamtsituation der Universität zu verlieren. Längst nicht alle Vorgänge der Jenaer Hochschulgeschichte in den ereignisreichen fünfzehn Jahren lassen sich in dieser Form darstellen. So musste aus technischen Gründen weitgehend auf eine Dokumentation der funktions- und alltagsbestimmenden Bereiche Lehre und Forschung verzichtet werden. Letztlich waren es vor allem Konflikte, Struktureformen und die bauliche Erweiterung der Universität, die zu einem anschaulichen Niederschlag in den Quellen führten und damit auch Eingang in diesen Band fanden. Dadurch erhalten politische Themen, Spannungen und Konfrontationen ein erhebliches Gewicht. Keineswegs ist damit beabsichtigt, die Weimarer Zeit als eine allein durch Auseinandersetzungen geprägte Periode der Universitätsgeschichte oder gar als bloße Vorgeschichte zum „Dritten Reich“ zu interpretieren.

Innerhalb der genannten Schwerpunkte ging es den Bearbeitern darum, ein möglichst breites Spektrum der in sich sehr komplexen Vorgänge durch anschauliche Quellen zu erfassen. Ausgewählt wurden (Senats-)Protokolle, universitätsinterne Schreiben, Schriftwechsel mit dem Weimarer Volksbildungsministerium oder dem Verband Deutscher Hochschulen, Egodokumente, Presseberichte und dergleichen mehr. Für die Bereitstellung dieser Archivalien und die unermüdlich freundlichen Auskünfte danken die Bearbeiter den Kolleginnen und Kollegen im Universitätsarchiv Jena, Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar, Betriebsarchiv der Firma Carl Zeiss, Bundesarchiv Berlin und Staatsarchiv Würzburg. Für vielfältige Hilfeleistung, Ratschläge und wertvolle Anregungen danken wir zudem Jürgen John, Joachim Hendel, Margit Hartleb, Marcus Dudek, Achim Blankenburg, Hans Georg Kremer, Rüdiger Stutz (alle Jena) und Dennis Klostermann (Weimar). Ferner sind wir den Vertretern der Universität Jena zu besonderem Dank verpflichtet; besonders ihrem Rektor Klaus Dicke und ihrem Kanzler Klaus Bartholmé, die es durch ihre Unterstützung einmal mehr ermöglichten, dass die Quellen- und Beitragsreihe mit diesem Band fortgesetzt werden kann.

Tom Bräuer
Christian Faludi

Jena, im April 2013

EINLEITUNG

Dieser Quellenband zur Universität Jena in der Weimarer Republik stellt etwas Neues in der universitätsgeschichtlichen Forschung dar.¹ Bisher gibt es keine derartige Quellensammlung über die Weimarer Zeit einer Universität. Historiographisch ist diese Epoche in den letzten Jahren häufig behandelt worden. Dafür boten vor allem die verschiedenen Universitätsjubiläen Anlässe. Ob nun als Einzeluntersuchungen für die „Grenzland-Universität“ Freiburg² oder als Gesamtstudien für die Universitäten Jena, Leipzig³ und Berlin⁴ – sie zeigen alle auch und gerade die Weimarer Republik als wichtigen Bezugspunkt universitätsgeschichtlicher Forschung. Themen wie Hochschulreformen, Wissenschaftstrends, Berufungspolitik, Lehrstuhlkonflikte, soziale Lage der Studierenden, geistig-politische Profile der Professoren- und Studentenschaft, Radikalisierungsprozesse und dergleichen mehr bestimmen deren Inhalte wie auch den analytischen Zugang. Jedoch hat man sich bislang an keiner Universität dazu entschlossen, darüber hinaus eine selbstständige Quellensammlung zum Thema vorzulegen.

Auch die bislang publizierten Quellenbände der Reihe „Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Jena“ haben andere Zeiträume zum Thema.⁵ Neben diesen haben die Veröffentlichungen der 1999 gebildeten „Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert“ inhaltliche Maßstäbe für die universitätsgeschichtlichen Forschungen gesetzt. Ziel dieses bis 2009 tätigen Arbeitskreises war es, für das Jenaer Universitätsjubiläum 2008 nicht eine bloße Festschrift vorzulegen, sondern durch ein breit gefächertes Forschungsprogramm zu neuen Erkenntnissen und Darstellungen auf empirisch sicherer Grundlage zu

- 1 Vgl. zu allgemeinen Themenkomplexen dieses Zeitraumes u.a. Matthias Gröbel (Hg.): Die Weimarer Republik. Eine problemgeschichtlich orientierte Quellensammlung, Stuttgart [u.a.] 2011; Nils Freytag (Hg.): Quellen zur Innenpolitik der Weimarer Republik 1918–1933 (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 31), Darmstadt 2010.
- 2 Bernd Martin: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts (= 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bd. 3), Freiburg u.a. 2007, hier S. 206–305.
- 3 Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, hg. v. Senatskommission zur Erforschung der Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Leipzig 2010, hier: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, Bd. 3, S. 66–180.
- 4 Michael Grüttner u.a. (Hg.): Die Berliner Universität zwischen den Weltkriegen 1918–1945 (= Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 2), Berlin 2012, S. 7–294. Vgl. zur Universität Münster: Hans-Ulrich Thamer (Hg.): Die Universität Münster im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche zwischen 1920 und 1960, 2 Bände, Münster 2012.
- 5 Jürgen John, Volker Wahl, Leni Arnold (Hg.): Die Wiedereröffnung der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1945. Dokumente und Festschrift, Rudolstadt/Jena 1998; Joachim Bauer, Dagmar Blaha, Helmut G. Walther (Hg.): Dokumente zur Frühgeschichte der Universität Jena 1548 bis 1558, Rudolstadt/Jena 2003; Herbert Gottwald, Michael Ploenus (Hg.): Aufbruch – Umbruch – Neubeginn. Die Wende an der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1988 bis 1991, Rudolstadt/Jena 2002; Joachim Hendel, Uwe Hoßfeld, Jürgen John, Oliver Lemuth, Rüdiger Stutz (Bearb.): Wege der Wissenschaft im Nationalsozialismus. Dokumente zur Geschichte der Universität Jena, 1933–1945, Stuttgart 2007; Jürgen John, Christian Faludi (Hg.): „Stellt alles Trennende zurück!“ Eine Quellenedition zum Wartburgtreffen der Deutschen Studentenschaft Pfingsten 1948“ in Eisenach, Stuttgart 2010.

gelangen und damit auch Anreize für weitere Studien zu schaffen. Dieses Bemühen konzentrierte sich auf das 19. und 20. Jahrhundert. Dabei standen zunächst die Zeit des „Dritten Reiches“ und der DDR im Vordergrund. Die entsprechenden Forschungen haben in mehreren großen Studienbänden ihren Niederschlag gefunden.⁶ Erst die 2009 von der Senatskommission veröffentlichte Gesamtdarstellung zur Jenaer Universitätsgeschichte 1850 bis 1995⁷ enthielt ein durch neue Recherchen gestütztes umfangreiches Teilkapitel zur Geschichte der Jenaer Universität in der Weimarer Republik.⁸ Daran knüpft der nun vorliegende Quellenband an. Mit ihm wird so in doppelter Hinsicht Neuland betreten: für die Jenaer Universität, deren Zeitraum 1918/19 bis 1933 bislang noch nicht in solcher Weise dokumentiert worden ist wie auch für die Universitätsgeschichte insgesamt.

Der Band ist in sieben Abschnitte gegliedert. Ein Artikel des Jenaer Volksblattes über eine gemeinsame Kundgebung Universitätsangehöriger sowie des Arbeiter- und Soldatenrates im Jenaer Volkshaus zur Einheit Deutschlands 1918 eröffnet den ersten Themenabschnitt über die *Nachkriegsphase*. Die Auswirkungen des Krieges und die Frage der materiellen Versorgung eines nicht geringen Teils der Studentenschaft prägten diese Zeit; was nicht nur im Zwischensemester und in der Gründung der Gesellschaft der Freunde der Universität Jena, sondern auch in der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung und in der studentischen Selbsthilfe Ausdruck fand. Diese sozial-materielle Perspektive wird im ersten Abschnitt durch die politischen Auseinandersetzungen Universitätsangehöriger kontrastiert. Vor allem die „Novembervorgänge“ und die Bewaffnung der Studierenden sowie die eigenmächtige Enthüllung des aus politischen Gründen verschalteten Bildes von Ferdinand Hodler in der Universitätsaula verdeutlichen hierbei eine aufgeladene Konfliktlage, die im Jenaer Stadtrat von dem Zoologieprofessor Ludwig Plate zudem befeuert wurde.⁹

Die mit Republik- und Landesgründung notwendig gewordene Umsetzung universitätsinterner Reformen reihte sich in die strukturelle Entwicklung der Universität seit den 1890er Jahren ein. Die veränderten vor allem verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen setzten die Universitätsleitung unter erhöhten Modernisierungsdruck, was sich an zwei Beispielen markant zeigt. Der Forderung einer selbstständigen Studentenvertretung kam die Jenaer Studentenschaft noch in den Revolutionstagen nach und konstituierte erstmals einen vorerst provisorischen Allgemeinen Studentenausschuss (AStA), der kurze Zeit später vom Senat verfassungsrechtlich anerkannt, wobei aber nur widerwillig als Verhandlungspartner akzeptiert wurde. In der Senats- und Fakultätsreform konzentrierten sich die Bemühungen der Universitätsleitung. Hier zeigt sich vor allem ein mit Verve vorgetragener Behauptungswille sinn- und

6 Uwe Hoßfeld, Jürgen John, Oliver Lemuth, Rüdiger Stutz (Hg.): „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln/Weimar/Wien 2003; Uwe Hoßfeld, Tobias Kaiser, Heinz Mestrup (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990), Köln/Weimar/Wien 2007.

7 Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, hg. v. der Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2009.

8 Jürgen John, Rüdiger Stutz: Die Jenaer Universität 1918–1945, in: Traditionen (2009), S. 270–587, hier S. 270–416.

9 Vgl. zu den geistig-politischen Profilen der Universität Jena insgesamt für die Weimarer Republik Jürgen John: „Eine Schule – ein Lehrerstand“. Lehrerbildung, Erziehungswissenschaftliche Anstalt und Universitätsschule als Peter Petersens Jenaer Handlungsfelder 1923 bis 1933, in: Peter Fauser, Jürgen John, Rüdiger Stutz (Hg.): Peter Petersen und die Jenaplan-Pädagogik. Historische und aktuelle Perspektiven, Stuttgart 2012, S. 77–160, hier S. 138–150.

identitätsstiftender Autonomie, die es – aus Sicht der Handelnden – mit dem Ende der Monarchie zu verteidigen galt. Daraus resultierte eine Abwehrhaltung vor staatlicher Einflussnahme, die zum Dreh- und Angelpunkt der nachfolgenden Hochschulkonflikte werden sollte.

Die ausgewählten Quellen verdeutlichen, dass die Institution Universität und ihre Angehörigen in der Nachkriegsphase einen ungewollten und noch unbekanntem Freiraum auszuloten begannen, der sich im Kontext von (nationaler) Niederlage und Novemberrevolution unvorhergesehen auftat. Zwischen neugewonnener, gestalterischer Autonomie und ökonomischen Sachzwängen wurde die erste Demokratie in der deutschen Geschichte nur von wenigen an der Universität Jena als Chance und von den meisten als Belastung wahrgenommen.

Im Spannungsfeld der Anfangsjahre der Weimarer Republik zeichnete sich auch an der Thüringischen Landesuniversität ein deutlicher Politisierungs- und Radikalisierungsschub ab, der vor allem durch die Studenten im Zuge des Rathenaumordes und des Hitler-Ludendorff-Putsches getragen wurde. Im damit eingeleiteten zweiten Abschnitt *Politische Tendenzen und Konflikte 1922 bis 1928* werden die politischen Mentalitäten und die damit verwobene Manifestierung neuer Erinnerungskulturen in den Blick genommen. Zu den in diesem Zusammenhang wichtigsten Bezugspunkten nach 1918 zählte im gesamten Land wie auch an der Alma Mater Jenensis die Diskussion um ein würdiges Gedenken der im Weltkrieg gefallenen Universitätsangehörigen. In Jena spiegelte sich dieses Bestreben in einer (über-)ambitionierten Denkmalkonzeption wider, von der letztlich – mangels größerer Finanzierungsmöglichkeiten – nur eine schlichte Variante im Hof des Universitätshauptgebäudes verwirklicht werden konnte. Dabei zeigte sich einerseits eine deutliche Diskrepanz zwischen dem Mangel an Unterstützern – vor allem unter den Professoren, was die Umsetzung des Vorhabens auch deutlich verzögerte. Andererseits offenbarten die durch Pathos, Revanchismus und einer Beschwörung des „Geistes von 1914“ in Szene gesetzte Einweihung der Gedenktafeln die eindeutig besetzte, identitätsstiftende Instrumentalisierung der Erinnerung. Ähnliche erinnerungspolitische Bezüge sind anhand der seit 1921 von der Universität ausgerichteten Reichsgründungsfeiern auszumachen.

Während sich die Salana in gewisser Hinsicht durch eine modernisierende Senats- und Fakultätsreform öffnete, verfestigten sich gleichzeitig die politischen und geistigen Positionen vieler Universitätsangehöriger über die Umbruchs- und Aufbruchsphase hinweg. In der Diskussion um die sogenannte Ausländerfrage verzahnten sich antidemokratische Haltungen mit dezidiertem Regierungskritik und antisemitischen Versatzstücken. Der Hygieniker Rudolf Abel tat sich hierbei besonders hervor. Ein unterschwellig vorhandener Antisemitismus der akademischen Elite verstärkte sich zudem im Rahmen der Zulassungspolitik der seit 1921 amtierenden Thüringischen Regierungskoalition aus SPD und KPD, die vor allem durch den ins Volksbildungsministerium berufenen Biologen und Oberregierungsrat Julius Schaxel an der Universität umgesetzt werden sollte. „Ausländerfrage“, Kritik an der Zulassungspolitik und latenter Antisemitismus bezogen sich hier im Grundsatz aufeinander und gingen eine unverkennbare Melange ein. Dies zeigte sich besonders drastisch am Fall des Zoologen Ludwig Plate. Mit seinen aufsehenerregenden Verlautbarungen blieb der Haeckel-Nachfolger im corpus academicum zwar eine Ausnahmeerscheinung, jedoch offenbarten die hierdurch entzündeten Konflikte die Haltung weiter Teile der Professorenschaft. Das Bindemittel für deren Korpsgeist bildete vordergründig eine Mischung weit verbreiteter antisemitischer und antirepublikanischer wie auch völkischer Einstellungen. Ebenfalls taten sich hierbei Gräben sowohl innerhalb

der Studentenschaft als auch zwischen Universität und Landesregierung auf, die vor allem in Auseinandersetzungen um die 1923 von Mitgliedern des Blocks Republikanischer Studenten dokumentierten und beim Thüringischen Volksbildungsministerium angezeigten antisemitischen Äußerungen aus Vorlesungen Plates mündeten.

Noch im selben Jahr eskalierte ein seit 1922 schwelender Konflikt zwischen dem Thüringischen Volksbildungsministerium und der Universität. Die Dokumente im dritten Kapitel zur *Ära Greil* zeigen deutlich, wie die vom sozialdemokratischen Volksbildungsminister und Bildungsreformer Max Greil initiierten Strukturreformen und berufungspolitischen Entscheidungen an der Thüringischen Landesuniversität als Eingriff in die eigene Autonomie wahrgenommen wurden und damit heftige Abwehrreaktionen auslösten. Dabei stießen hier nicht nur zwei prinzipiell verschiedene Bildungs- und Hochschulkonzeptionen aufeinander, die sich unversöhnlich gegenüberstanden und in ihren zum Teil öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten in der ganzen Republik für Aufsehen sorgten. Jener „Thüringische Hochschulkonflikt“ ist auch ein paradigmatisches Beispiel für die komplizierte Konfliktlage in den ersten Jahren der Weimarer Republik.

Die Quellenauswahl hebt die Berufungspolitik Greils, dessen Strukturreformen und die unmittelbaren Auseinandersetzungen zwischen Ministerium und Universität besonders hervor. Mit dem Untergang des Kaiserreiches etablierten viele Universitätsvertreter ein autonomes Selbstverständnis, Angehörige einer elitären Bildungsinstitution zu sein, die außerhalb der Reichweite republikanischer Einflussnahmen steht. Dieser elitäre „Geist der Universität“, wobei sich in Jena vor allem die Vertreter der Philosophischen Fakultät besonders hervortaten, sah sich nun einem republikanischen Bildungskonzept gegenüber, welches im Zuge der Neuregelung der Lehrerbildung eine stärkere Anbindung der Universität an die Ausbildung breiter Bevölkerungsschichten vorsah. Neben der Auflösung des Kuratoramtes und der Zentralisierung der Universitätsverwaltung im Weimarer Ministerium, den Aufbau eines Soziologischen Seminars sowie der Etablierung einer Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät waren vor allem der Ausbau der pädagogischen und psychologischen Fächer ganz im Sinne der neuen Lehrerbildung. Regte sich gegen diese Maßnahmen lediglich vereinzelter wengleich auch heftiger Widerstand, provozierten der Aufbau der Erziehungswissenschaftlichen Abteilung und die damit verbundene Ausgliederung der Mathematisch- und Naturwissenschaftlichen Fakultät aus der Philosophischen Fakultät einen offenen Konfrontationskurs der gesamten Universitätsführung.

Neben dem Bruch mit alten Traditionen der Fakultätsstruktur und Eingriffen in die vermeintlich autonome Verwaltung von Universitätsbelangen, beziehungsweise deren Beschneidung, sollte zunehmend auch die rigorose Berufungspolitik des Ministers zum Stein des Anstoßes werden. Obwohl formal-rechtlich legitim, griff Greil damit einmal mehr in tradierte Formen innerinstitutioneller Verfahren ein. Dies war im Grunde ein Angriff auf das Kerngeschäft der Fakultät und forderte zum Widerspruch heraus. Der neu berufene Rechtswissenschaftler Karl Korsch, der Biologe und Ministeriumsvertreter Julius Schaxel, der Psychologe Wilhelm Peters sowie die Pädagogen Peter Petersen, Anna Siemsen und Mathilde Vaerting wurden dadurch im Jenaer Lehrkörper zu ungewollten Außenseitern, die zum Teil auf erhebliche Ablehnung stießen. Besonders drastisch zeigte sich dieses auch am Fall des Mediziners und Juden Emil Klein, der während seiner gesamten Laufbahn an der Universität Jena zur Zielscheibe von Angriffen wurde.

Mit dem Einmarsch der Reichswehr im November 1923 in Thüringen wurde auch der Ausgang des Hochschulkonfliktes entschieden. Die Landesregierung unter

dem Sozialdemokraten August Frölich löste sich auf und wurde wenig später von der „Ordnungsbund-Regierung“ unter Richard Leutheuser (DVP) ersetzt. Vonseiten der Universitätsleitung war man bemüht, diesen Umstand zu nutzen und forderte von der neuen Regierung, die Maßnahmen des Volksbildungsministers Max Greil zurückzunehmen. Derartige Bestrebungen reichten bis in die Ministerialverwaltung, wie sich an der Demontage des Oberregierungsrates Julius Schaxel zeigte. An der Universität selbst waren diesem anhaltenden Konfrontationskurs allerdings strukturelle Grenzen gesetzt. So wurde die Erziehungswissenschaftliche Abteilung zwar 1924 aufgelöst, andere Reformen erwiesen sich jedoch als nachhaltig. Personelle Konfliktherde blieben dadurch bestehen und sollten bis zur nationalsozialistischen „Machtergreifung“ in Thüringen weiter schwelen.

Der vierte Schwerpunkt des Bandes ändert die Perspektive und nimmt die *Bauliche Erweiterung der Landesuniversität* in den Blick. Überlegungen der neuen Landesregierung unter dem leitenden Staats-, Justiz- und Volksbildungsminister Richard Leutheuser, Leibesübungen und sportliche Betätigung im curriculum der Studentenschaft gegen die Abschaffung der Wehrpflicht aufzuwerten, wurden am 9. Dezember 1924 mit dem „Turnerlaß“ institutionalisiert. Diesen umzusetzen, zwang zu baulichen Maßnahmen, die mit einem erheblichen finanziellen Aufwand verbunden waren. Die 1929 eröffnete und als „Muskelkirche“ verspottete Universitätsturnhalle veränderte die Sportlandschaft in Thüringen nachhaltig und wurde zum Vorzeigeprojekt, das eine Vielzahl an Investoren und Unterstützern verband. Andererseits manifestierte sich an der architektonisch an das Weimarer Schloss Belvedere angelehnten und damit als nicht mehr zeitgemäß empfundenen Gestaltung der Turnhalle ein polemisch geführter Architekturstreit, der als Stellvertreterdiskussion zwischen traditionellen und modernen Ansichten die grundlegenden Kontroversen der Weimarer Republik widerspiegelte. Das Abbeanum und das Studentenhaus – beide von dem Architekten des „Neuen Bauhauses“ Ernst Neufert konzipiert – sind zwei weitere markante Beispiele für eine ästhetische Orientierung, die im Grundsatz nicht die Universität als solche repräsentierten, aber doch kleine Nischen ausweisen und nach außen hin das Bild einer modernen Hochschule ausgestalteten. Neben der reinen Baugeschichte zur Errichtung zweckgebundener Gebäude, die gleichzeitig durch ihre Ausgestaltung Vorzeigeobjekte waren, zeigen die Quellen zudem, in welchem Kooperationsgeflecht die Vertreter der Universität agierten. Bereits lange Zeit bestehende Verbindungen zur Carl-Zeiss-Stiftung legten überhaupt erst die Grundlage dafür, derartige Projekte zu finanzieren. Abgesichert wurden die Vorhaben aber auch durch die städtische Verwaltung, die das notwendige Bauland zur Verfügung stellen konnte; Vertreter des Ministeriums koordinierten zudem die Verhandlungen, stellten Verbindungen zur Weimarer Bauhochschule her oder warben weitere Mittel ein. Dazu kamen Initiativen Studierender, die Vorhaben immer neu anstießen, diese zu finanzieren halfen, deren Umsetzung begleiteten und auch Verwaltungsaufgaben übernahmen.

Obwohl die Studierenden den größten Teil der Universitätsangehörigen ausmachen, können sie ob ihrer fluktuierenden Masse in der universitätsgeschichtlichen Historiographie nur schwer angemessen analysiert werden. Mit dem fünften Abschnitt *Jenaer Studierende – Alltag, Krisen und politische Betätigung* kompiliert der Quellenband drei Themen, die in dieser Hinsicht kein vollständiges, aber doch vielschichtiges Bild der Studentenschaft an der Jenaer Universität während der Weimarer Zeit zusammenfügen. Vor allem der studentische Alltag, der nicht nur, aber auch durch Kriminalität wie Prostitution und Gewalt geprägt war, zeigt eine intensiv lebende, junge Generation, die in sozialen, kulturellen und politischen Widersprüchen

unbekannte Freiräume ausprobierte und dabei oft die Grenze zwischen universitären und gesellschaftlichen Leben verschob. In daraus resultierenden Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Universitätsleitung zeigte sich eine deutliche Hilflosigkeit beider Seiten, mit derartigen Problemen umzugehen.

Die Aufgaben, die sich durch ansteigende Studentenzahlen ergaben, weisen zudem auf strukturelle Defizite der Universität Ende der zwanziger Jahre hin. In diesem Kontext „warnten“ Stimmen vor einem „akademischen Proletariat“, das aus Perspektivlosigkeit für eine Radikalisierung der jungen Generation verantwortlich sei. Ein Aspekt, der mit der Weltwirtschaftskrise zugleich an Brisanz gewann. Schon früh begannen Nationalsozialisten damit, das Thema zu besetzen, um darin antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Positionen unterzubringen, die nach 1933 zum „Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen“ führten. Präsenz zeigte dabei auch die Jenaer Abteilung des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDStB), der, seit 1925 zunächst als Verein in der Saalestadt aktiv, nun zusehends das politische Gefüge innerhalb der Universität verschob. Der Fall des Theologen Erich Fascher, dessen Vorlesungen öffentlichkeitswirksam boykottiert wurden, verdeutlicht paradigmatisch die Vorgehensweise nationalsozialistisch-gesinnter Studierender gegen unliebsame Lehrer. Dieses spiegelt auch der Fall des Günther Dehn wider: 1931 verbündeten sich breite Massen der mitteldeutschen Studenten gegen den Hallenser Theologen sowie den Hannoveraner Publizisten Theodor Lessing in einer nationalsozialistischen Kampagne, die der Empörung über vermeintliche, die Kriegstoten beleidigende, pazifistische Äußerungen Ausdruck geben sollte. Jena spielte in diesem Kontext eine zentrale Rolle, trafen doch hier die mobilisierten Studierenden der einbezogenen Universitäten zu einer Massenkundgebung zusammen. Der Jenaer AStA bezog damit dezidiert eine Position, die schon am Anfang seines Bestehens nach und nach in die Öffentlichkeit getragen wurde. Der politische Einfluss des NSDStB – seit 1929 stellte er den AStA-Vorsitzenden – ist hier aber nur ein Faktor, da es in Jena auch konservative und christlich-studentische Organisationen gab, die sich explizit vom Nationalsozialismus distanzieren und auch Hochschullehrer gegen Angriffe des NSDStB verteidigten. Jedoch sollte auch deren Einfluss und Gestaltungsrahmen wie überall im Land immer marginaler werden und mit dem Ende der Republik vollständig zum Erliegen kommen.

Die wissenschaftspolitische und akademische Berufungspolitik, die die Minister für Volksbildung und Justiz Wilhelm Frick und Fritz Wächtler in der unter Erwin Baum (ThLB) geführten rechtsbürgerlich-nationalsozialistischen Koalition ab dem Jahre 1930 umzusetzen begannen, bildete eine weitere Zäsur, die hier im sechsten Abschnitt *Die Ära Frick/Wächtler* dokumentiert wird. Beide forcierten konsequent ihre politische Linie, was neben dem Polizeiapparat und den Schulen vor allem auch die Universität Jena betraf. Einen thematischen Schwerpunkt im Quellenband bildet dabei die Berufung des nichthabilitierten Philologen und als „Rassegünther“ prominenten Publizisten Hans F.K. Günther, der einen von Frick zugeschnittenen Lehrstuhl für Sozialanthropologie erhalten sollte. Dessen Berufung und die zeitgleich unternommenen Versuche, die populären Antisemiten Arnold Ruge und Adolf Bartels ebenfalls in den Universitätsbetrieb einzubringen, sind frühe Beispiele nationalsozialistischer Berufungspolitik, die an der Universität sowohl Für- als auch Widersacher fand.¹⁰

10 In diesem Zusammenhang muss noch auf die Berufung des Rein-Schülers und Herbartianers Georg Weiß zum Direktor des Pädagogischen Instituts hingewiesen werden, die aus Platzgründen keinen Eingang in den Quellenband finden konnte. Die Philosophische Fakultät versuchte mit

Von Seiten der Universitätsleitung wurde einmal mehr der Versuch unternommen, sich gegen die ministeriellen Eingriffe zu wehren – wenn auch bei weitem in nicht so aggressivem Maße wie im Falle Greils. Letztlich arrangierte man sich aber mit den Gegebenheiten. Verantwortlich dafür zeichnete auch eine geistige Nähe in den politischen Haltungen, was sich beispielhaft darin manifestierte, dass vonseiten der Universitätsleitung weder Widerstand noch Widerspruch gegen die von Frick verhinderte Ernennung des Sozialdemokraten Ernst Pape zum Rektor eingelegt wurde. Im Fall der von Greil berufenen Professorin für Erziehungswissenschaft, Mathilde Vaerting, ging Frick ebenfalls konsequent vor und drang auf eine Urteilsrevision des von universitären Widersachern konstruierten und für die Betroffene positiv ausgegangenen Dienststrafverfahrens. Im Gegensatz zum Fall Plate, der die Universitätsspitzen noch zur geschlossenen Abwehr gegen ministerielle Eingriffe einte, gab man sich nun konsensfähig. Dieses verdeutlicht zudem die Wiedereinführung des Kuratoramtes unter Wächtler. Die Einsetzung des Rechtsphilosophen Carl August Emge bildete darüber hinaus einen Präzedenzfall, da mit dessen Berufung erstmals ein ausgewiesener Nationalsozialist in eine derartige Position an einer deutschen Universität gelangte.

An der Thüringischen Landesuniversität setzte damit früher als in den meisten anderen Hochschulen des Landes ein Prozess ein, der von immer mehr Protagonisten als „*Zeitenwende*“ begriffen wurde. Im gleichnamigen, abschließenden Kapitel geht es darum, diesen Übergang ins „Dritte Reich“ zu dokumentieren. Insbesondere anhand verschiedener Redebeiträge wird deutlich, wie sich die Universitätseliten dem Gedankengut der neuen Machthaber annäherten. Markantestes Beispiel ist dabei der Rechtswissenschaftler Justus Wilhelm Hedemann, der bereits in seiner Rede auf der Reichsgründungsfeier 1931 aus Hitlers „*Mein Kampf*“ zitierte und anschließend symbolträchtig den Schulterchluss mit Wilhelm Frick zelebrierte.

einem dringlichen Antrag unter Federführung von Petersen, Bauch, Zucker und auch des Dekans Mentz Ende Februar 1930 vergebens das Direktorat des nur angeschlossenen Instituts anders zu besetzen. Vgl. zur Berufung von Georg Weiß durch Frick John: „*Schule*“ (2012), S. 131–135.

EDITIONSHINWEISE

Die edierten Quellen entstammen dem Zeitraum vom November 1919 bis Mai 1933 und werden in sieben Abschnitte gegliedert. Die Dokumente sind zu zeitlich übergreifenden Quellengruppen in thematischer Reihenfolge zusammengefasst worden. Einzeldokumente sind entsprechend ihres jeweiligen Datums möglichst chronologisch eingeordnet und durchgehend nummeriert. Die zeitliche Einordnung erfolgt nach den jeweiligen Daten, bei Monatsangaben ohne genaues Datum am jeweiligen Monatsbeginn. In den Quellen fehlende Zeitangaben sind mit „o.D.“ gekennzeichnet. Sich aus dem Kontext ergebende Daten sind in eckige Klammern gesetzt. Die Nummern der Einzeldokumente und der Quellengruppen stehen im Kopf links, die jeweiligen Ausfertigungsdaten rechts. Die von den Herausgebern formulierten Überschriften der Quellen decken sich meist nicht mit eventuellen Überschriften in den Dokumenten. Diese sind dort gesondert ausgewiesen.

Die Edition folgt dem Grundsatz, Dokumente möglichst ungekürzt abzdrukken. Das war aus Platz- und Inhaltsgründen nicht immer möglich. Auslassungen sind durch [...] gekennzeichnet. Rein postalische Angaben zu Absendern und Empfängern wurden nicht erfasst, sonstige Absender- und Adressatenangaben nur dann, wenn sie für das Verständnis der Quelle wichtig sind. Die Textgestalt der abgedruckten Dokumente ist unter Satzaspekten vereinheitlicht worden. Dabei wurde aber darauf geachtet, dass sie in etwa der Gestalt den Vorlagen entspricht. In den Quellen verwendete Abkürzungen sind beibehalten worden. Sie erschließen sich über das Abkürzungsverzeichnis und werden nur dann in Fußnoten erläutert, wenn es für das Verständnis des Textes nötig ist. Offenkundige Schreibfehler in den Quellen wurden stillschweigend korrigiert. Unerlässliche Korrekturen oder Ergänzungen sind durch eckige Klammern gekennzeichnet oder in den Fußnoten vermerkt. Die alte Rechtschreibung der Dokumente wurde beibehalten, auch die jeweilige – oft abweichende – Schreibweise von „ß“ oder „ss“. Die in den Quellen oft unterschiedliche Schreibweise von Namen wurde ebenfalls beibehalten und wird im Personenregister entsprechend ausgewiesen. Aus Sicht der Herausgeber nötige Sach-Erläuterungen sowie Hinweise auf handelnde beziehungsweise für das Verständnis der Quellen wichtige Personen erfolgen in anmerkenden Fußnoten. Kurzbiographien werden dabei vermieden und nur Lebensdaten, Funktionen oder relevante Vorgänge ausgewiesen. So erläuterte Personen sind im Register durch * kenntlich gemacht. Querverweise auf andere Dokumente des Bandes sowie gelegentliche Hinweise auf Quelleneditionen oder hier nicht abgedruckte, in Akten überlieferte Schriftstücke geben weitere Sachinformationen. Auf Literaturhinweise wurde im Dokumententeil weitgehend verzichtet. Handschriftliche Texte bzw. Textteile, Ergänzungen, Vermerke und Unterschriften wurden kursiv gesetzt, unleserliche Unterschriften dabei mit dem Vermerk „*Unterschrift*“ gekennzeichnet. Unleserliche Passagen wurden in den Fußnoten beziehungsweise mit dem Vermerk „[unl.]“ ausgewiesen. Quelle und Provenienz der abgedruckten Dokumente werden am Schluss der einzelnen Dokumente im Textfuß ausgewiesen. Dort findet der Benutzer auch Hinweise zur Überlieferungs- und Ausfertigungsform der Dokumente.